

Entwurf 26. September 2013

Bundesgesetz, mit dem das Finanzausgleichsgesetz 2008 und das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2008

Das Finanzausgleichsgesetz 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 165/2013, wird wie folgt geändert:

In § 9 Abs. 2 wird nach der Z 2a folgende Z 2b eingefügt:

- „2b. von den Ertragsanteilen des Bundes an der Körperschaftsteuer im Jahr 2013 weitere 75 Millionen Euro für Zwecke des Katastrophenfonds zur Finanzierung von Maßnahmen gemäß § 3 Z 1, 3 und 4 des Katastrophenfondsgesetzes 1996;“

Artikel 2

Änderung des Katastrophenfondsgesetzes 1996

Das Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. 201/1996, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 165/2013, wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Z 4 wird nach der lit. l folgende lit. m angefügt:

- „m. zur Deckung außerordentlicher Erfordernisse, die dem Bund entstehen durch finanzielle Hilfe
- zum Zukauf von Raufutter, Raufutterersatzprodukten sowie allenfalls auch sonstigen pflanzlichen Ersatzfuttermitteln,
 - weilers
 - zur Abfederung von außerordentlichen Schäden bei Ackerkulturen und Dauerkulturen auf Grund widriger Witterungsverhältnisse des Jahres 2013, insbesondere Dürre,

in der Höhe bis zu 50 Millionen Euro als Hälfteanteil der Gesamtentschädigung. Dabei ist ein gleich hoher Betrag der betroffenen Länder vorzusehen. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Finanzen die Höhe der Vergütung sowie die Abwicklung festzulegen.“

2. In § 8 wird die Wortfolge „lit. e, f, h, i, j und k “ durch „, lit. e, f, h, i, j, k und m “ ersetzt.

Erläuterungen Allgemeiner Teil

Überschwemmungen im Juni und eine außergewöhnlich anhaltende Trockenheit im Juli 2013 führten zu großen Schäden und in der Landwirtschaft zu Ertragsverlusten bis hin zu Totalausfällen bei landwirtschaftlichen Kulturen. Laut ZAMG gab es nur 35 Prozent, im Extremfall nur 4%, der durchschnittlichen Regenmenge dieses Sommermonats seit Messbeginn 1858. Beinahe im gesamten Bundesgebiet kam es zu Schäden in der Landwirtschaft, wobei die Betroffenheit von Südost nach Nordwest abnimmt.

Im Grünlandbereich gibt es erhebliche Verluste beim zweiten und auch dritten Schnitt, im Ackerbau waren vor allem die Kulturen Mais, Zuckerrübe, Soja, Sonnenblume, Kartoffel und Kürbis von der anhaltenden Trockenheit betroffen.

Durch die Unterstützung beim Futtermittelankauf soll Beschaffung von notwendigen Betriebsmitteln sichergestellt werden. Durch die Abfederung des direkten Einkommensverlustes wird der Ertragsausfall bei Ackerkulturen und Dauerkulturen abgemildert.

Es muss sichergestellt sein, dass die betroffenen Länder sich im selben Ausmaß wie der Bund an der jeweiligen Maßnahme beteiligen.

Finanzielle Auswirkungen

Die Mittel sind zusätzlich zur bestehenden Dotierung des Katastrophenfonds durch Abüberweisung vom Aufkommen an Körperschaftsteuer bereitzustellen. Die Belastung des Bundes durch die Aufstockung des Fonds beträgt bis zu 75 Millionen Euro, jene der Länder durch die Kofinanzierung der Dürrehilfe beträgt insgesamt bis zu 50 Millionen Euro.

Kompetenzgrundlage:

Die Kompetenz des Bundes zur Erlassung eines dem vorliegenden Entwurf entsprechenden Bundesgesetzes besteht in den §§ 12 und 13 F-VG 1948.

Besonderer Teil:

Zu Artikel 1:

Durch eine Zusatzdotierung des Katastrophenfonds soll die Liquidität des Fonds im Jahr 2013 gestärkt werden, um weiterhin rasch und unbürokratisch Schadensunterstützungen sicher zu stellen.

Zu Artikel 2

Die heimischen Bauern haben ein extrem schwieriges Jahr zu bewältigen. Nach dem kalten, feuchten Frühjahr mit extremen Überschwemmungen folgte eine lange Hitzeperiode. Laut Aufzeichnungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik ZAMG gab es nur 35 %, im Extremfall nur 4 % der durchschnittlichen Regenmenge im Sommer 2013 seit Beginn der Niederschlagsmessungen im Jahr 1858. Die Hitze und ausbleibende Niederschläge haben in ganz Österreich zu erheblichen Dürreschäden in der Landwirtschaft geführt. Erhebliche Schäden wurden im Grünland und Ackerbau, vor allem bei Mais, Zuckerrübe, Soja, Sonnenblume, Kartoffel und Kürbis sowie auch Dauerkulturen verzeichnet.

Das Schadensausmaß bei Mais wird mit rd. 180 Mio. Euro beziffert, das konkrete Schadensausmaß bei den restlichen Ackerkulturen, Dauerkulturen und Grünland ist noch nicht bezifferbar und wird bundesländerweise erhoben. Da insbesondere Futtermittelengpass für Tierhalter besteht, ist rasche Hilfe nötig.

Die Erhebung der Schäden bei Acker- und Dauerkulturen erfolgt auf Basis von INVEKOS-Flächenangaben in Abstimmung insbesondere mit Liefermengen auf Grund von Anbau- und Lieferverträgen und soweit erforderlich auch mit Unterstützung von eingesetzten Schadenskommissionen auf lokaler Ebene. Bestehen über bestimmte Kulturen oder das Ausmaß der Kulturen keine Anbau- und Lieferverträge, kann das Schadensausmaß mit geeigneten gleichwertigen Unterlagen nachgewiesen werden. Von der Österreichischen Hagelversicherung werden entsprechende Schätzungsunterlagen mit Gebietsabgrenzungen für die einzelnen Kulturen zur Verfügung gestellt. Es wird darauf zu achten sein, dass keine Überkompensation erfolgt.

Das BMLFUW geht davon aus, dass rd. 25.000 der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich Anträge stellen werden. Unter der Annahme, dass der zu gewährende Höchstbetrag bei 4.000,- Euro pro Betrieb (2.000 Euro Bund und 2.000 Euro Land) liegt, ergäbe dies einen Bundesmittelbedarf bis zu 50 Mio. Euro. Die nähere Abwicklung und die Festsetzung der Beihilfesätze werden mit Sonderrichtlinien des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Finanzen festgelegt. Die Gewährung einer Entschädigung setzt voraus, dass das jeweilige Land eine Unterstützung in gleicher Höhe leistet, somit der Bundesanteil die Hälfte der Gesamtentschädigung beträgt.